

Existenzgeld für Alle - Das Konzept der BAG-SHI

Vortrag 2. Treffen Netzwerk Grundeinkommen, Workshop 3 „Finanzierung eines Grundeinkommens“, Berlin 11.12.2004

Anhand des Existenzgeld-Konzeptes der BAG-SHI soll exemplarisch das bedarfsdeckende bedingungslose Mindesteinkommen erläutert und die Machbarkeit einer Finanzierung dargestellt werden. Vorab muss klargestellt werden: dies sind keine Forderungen, sondern ein gesamtgesellschaftliches Konzept, bei keiner Partei einzufordern und keiner Partei zu überlassen, ein *KONZEPT ZUR ABSCHAFFUNG DER ARMUT* mit einer umfassenden Umverteilung der erwirtschafteten Reichtümer von oben nach unten, immer verknüpft mit der Einführung eines existenzsichernden Mindest-Stundenlohns.

In Deutschland sollen alle 800.- EURO Existenzgeld (vor 2002: 1.500.- DM) und eine angemessene Warm-Miete bekommen, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Alter und Familienstand,

- ohne Unterhaltspflicht,
- ohne Bedürftigkeitsprüfung,
- ohne Arbeitszwang

Die *HÖHE* ist aus der Praxis unserer Existenz als SozialhilfebezieherInnen und Erwerbslose herleitet. Aufgeteilt in Bedarfssäulen bezieht sie sich auf jeweilige Preise, Lebenshaltungskosten und Bedürfnisse, für DM 1.500.- die des Jahres 1998/99, dann für 2002 angeglichen auf 800.- EURO.. Sie bedürfen sowohl zahlenmäßig als auch inhaltlich der stetigen Fortschreibung, ohne diese von z.B. einer europäischen Armutdefinition oder einem BIP abhängig zu machen.

Dieses Modell garantiert Flexibilität, in dem der eine seinen individuellen Wunsch nach mehr Kultur auf Kosten seines Bedarfs nach neuen Möbeln variieren kann, oder in der ein Erwerbstätiger seiner Verpflichtung nach hoher Mobilität auch noch nachkommen kann, wenn er dafür gewisse Abstriche in seiner Freizeitgestaltung in Kauf nimmt. Des weiteren kann das Existenzgeld in gleicher Höhe für alle solidarische (sprich gemeinschaftliche) Lebensformen fördern, d.h. Einsparungen der Gemeinschaften nicht "bestrafen" durch Kürzungen, positive Auswirkungen gemeinschaftlichen Haushaltens z.B. im Konsumbereich nicht verhindern und der Vereinzelung entgegenwirken.

Die Höhe des von uns nun für 2002 aktualisierten Bedarfs von 800.- Euro setzt sich aus vier „Bedarfssäulen“ zusammen, wobei diese nicht als starre Zuwendung von Beträgen für bestimmte Bedarfe zu verstehen ist :

S1: Täglicher Bedarf incl. Ernährung	270.- €	
+ Energie (Strom, Gas usw.)	40.- €	= 310.- €
S2: Gesundheit	20.- €	
+ Krankenversicherung	110.- €	= 130.- €
S3: Soziales (Teilhabe)	110.- €	
+ Urlaub	65.- €	
+ Mobilität	55.- €	= 230.- €
S4: Kleidung	80.- €	
+ Instandhaltung/Anschaff.Möbel	50.- €	= 130.- €
		= 800.- €

Auch wenn das Existenzgeldkonzept keine Mehrbedarfe für bestimmte Personengruppen vorsieht, wird es auch weiterhin *SONDERBEDARFE* und *BERATUNGSHILFEN* geben, für die *DER ALLGEMEINE SOZIALDIENST* zuständig sein wird.

Klar ist, daß es auch in Zukunft Lebenssituationen geben wird, in denen Menschen eine höhere als durch das Existenzgeld abgedeckte finanzielle Zuwendung durch den Staat benötigen.

Die KOSTEN DER UNTERKUNFT sind ein integraler Bestandteil der Existenzsicherung von Menschen.

Jedem Menschen, wiederum unabhängig von Alter, Geschlecht, Ethnie oder Aufenthaltsstatus steht eine Warm-Miete in angemessener Höhe zu, im Bundesdurchschnitt 500.- DM „Wohn-Existenzgeld“ (2002: 260.- Euro).

Folgende Kriterien sind bei der Höhe zu berücksichtigen:

1. Der jeweilige kommunale Mietspiegel
2. Angemessene Wohnungsgrößen sind für die jeweilige Personen/BewohnerInnenzahl festzulegen.
3. Der Betrag kumuliert also nicht automatisch per Kopf der Haushaltsgemeinschaft
4. Das Wohn-Existenzgeld ist keine Pauschale sondern orientiert sich bei unterschreitendem Bedarf an der tatsächlichen Warmmiete plus Nebenkosten.
5. Für Wohneigentum werden für Instandhaltung und übliche Nebenkosten nur Beträge bis zur jeweiligen angemessenen Mietobergrenze und Wohnraumgröße anerkannt.

Das Existenzgeld ersetzt zunächst folgende Sozialtransfers:

- Die Sozialhilfe inklusive der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Die Arbeitslosenhilfe
- Das Kindergeld
- Das Erziehungsgeld
- Das BAföG
- Ausbildungsbeihilfen
- Wohngeld

Die bisher hierfür aufgebrauchten Beträge dienen der Finanzierung des Existenzgeldes.

Der FINANZIERUNGS-PLAN für ein EXISTENZGELD für ALLE ist als Machbarkeitsstudie zu betrachten für einen bestimmten Stichtag. Es ist ein Modell, welches das System der bisherigen Verteilung von Reichtum zwar radikal in Frage stellt, ohne jedoch an der Systemfrage zu scheitern.

Wir gehen zunächst nicht von einer der herkömmlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen aus, sondern entnehmen unsere Belege dem Statistischen Jahrbuch und bringen sie in die richtige Form.

Wir wollen hierbei jedoch lediglich die Dimensionen der Kosten und Finanzierbarkeit auflisten, die Berechnung der Pfennig-oder Cent-Beträge überlassen wir anderen.

WER SOLL DAS BEZAHLEN ?

Bei der Finanzierung kommt es zu 4 Blöcken unterschiedlicher „Einnahme“-Arten:

A) zum großen Teil durch eine 50%ige Abgabe ("Take-half") auf alle Netto-Einkommen, gleich welcher Art und Höhe, also auch auf Unternehmer-Tätigkeit und Vermögenseinkommen. Diese Abgabe ist zweckgebunden und keine Steuer und steht dem

normalen Staatshaushalt nicht zur Verfügung !

Bei der Besteuerung kommt es zu einer Umstellung der Lohnsteuerklassen auf Lohnsteuerklasse 1 für alle, d.h. jede/r wird als Einzelperson besteuert, da auch jede/r als Einzelperson ExistenzGeld erhält.

Bei diesem Konzept bleiben zunächst alle Besteuerungen und Sozialabgaben in der jetzigen Form, d.h. in Höhe sowie Progression erhalten.

B) durch Umschichtungen besonders bisheriger Sozial-Transfers aus den Etats der Kommunen, der Länder und des Bundeshaushaltes. Hinzu kommen Beträge aus Einsparungen bei Bürokratie und Verwaltung. Bei Letzteren wurde lediglich die Hälfte der dann einzusparenden Kosten berücksichtigt, da ein Teil der bisher in diesen Bereichen Tätigen für andere notwendige kommunale Aufgaben benötigt wird. Die Auszahlung des Existenzgeldes muß keinen weiteren Verwaltungsaufwand bedeuten, eine Abwicklung über das Finanzamt wäre naheliegend.

C) durch die bisherigen Sozialabgaben. (Arbeitgeber- und -nehmer)

(Ergänzend: Eine arbeitsmarktpolitisch interessante Variante wäre, den Arbeitgeberanteil nur vom Volumen her beizubehalten, diesen aber von der Höhe her über eine entsprechende Neufestlegung der Betriebsbeitragsteuer wieder einzubringen. Dies hätte den Effekt, dass lohnkostenintensive Betriebe entlastet würden. Jedoch müssen die Sozialabgaben von der Summe her erhalten bleiben, da diese zunächst für die Finanzierung des Konzeptes notwendig sind.)

D) Neue Einnahmenquellen: Die Erbschaftsteuer im Sinne einer 50%igen-("take-half")-Abgabe, natürlich mit angemessenen Freibeträgen (Eigenheim), wird gemäß der bestehenden Bevölkerungsstruktur und Vermögensverteilung jährlich zumindest für die nächsten Jahrzehnte große Summen erbringen.

Desweiteren haben wir bestimmte Posten relativ niedrig angesetzt, um sie volkswirtschaftlich tragbar zu halten.

Die relativ niedrige Erhöhung der Energiesteuern und der Mehrwertsteuer (letztere im Rahmen der EU-Politik für die BRD sowieso weiter zu erwarten)

Bei Subventionseinsparungen darf es summenmäßig nicht zum großen Kahlschlag kommen, da gerade für innovative Technologien u.Ä. zusätzliche Subventionen schon seit langem überfällig sind.

E) bisher nicht eindeutig belegbare (d.h. geschätzte) Finanzierungsbeträge:

Zunahme des Konsums im unteren Einkommensbereich. Volkswirtschaftlich gilt die Faustregel, daß 30% dieser Kaufkraftsteigerung kurzfristig (spätestens nach 12 Monaten) über Steuern (ohne Berücksichtigung der Sozialabgaben) in die einzelnen Kommunal-Landes-Bundes-Haushalte zurückfließt - eine zweistellige Milliardensumme.

Des weiteren Bereiche, die auf Grund bestehender Gesetzeslücken z.B. bei den sogenannten Abschreibungen wie auch durch mangelhafte Bearbeitung - z.B. durch die Finanzämter - schon seit Jahrzehnten zu steuerliche Fehleinnahmen führen.

Weitergehend geschätzt: eine Betriebsbeitragssteuer i.S. einer Wertschöpfungsabgabe, Zinsertragsteuer, eine angedachte zukünftige Kapitalexporthsteuer

Wenn wir die einzelnen Beträge im oben angeführten Sinne anführen, kommen wir zu folgender Aufstellung:

EINNAHMEN / UMSCHICHTUNG (weitergehende Details und Zahlen unter www.existenzgeld.de)

Bitte beachten:

Die Nachfolgende Aufstellung ist noch in DM-Beträgen. Es wird aber klar ersichtlich, dass in diesem Konzept die Finanzierung machbar ist.

Nach bisherigen neueren Berechnungen hat sich im Wesentlichen – vor allem in der Relation der Einnahme- und Kosten-Posten zueinander - auch für 2003 nichts geändert, auch wenn einige Posten auf der Einnahmeseite auf grund geänderter Steuergesetzgebung abweichen. Eine detaillierte aktualisierte Berechnung aller Posten kann zum Ende des Jahres 2004 vorliegen.

Die Kosten in EURO ab 2002 belaufen sich auf:

12 Monate x 800.- x ca 82 Mio. Personen = 787,2 Mrd EURO

Wohnkosten (max) * = 182,1 Mrd EURO

GESAMTKOSTEN = 969,3 Mrd EURO

*** bereinigt ! (Rein rechnerisch bei durchschnittlichen Wohnkosten von 260.- EURO x 12 x 82 Mio = 256 Mrd EURO – Begründung siehe unten)**

....und der Rest kommt in die Kaffee-Kasse.

Erläuterungen zu den einzelnen Posten:

F1: 1995, Einkommen Unselbständiger + Unternehmereink. + Eink. aus Vermögen, ohne Renten, ohne sonstige Transferleistungen. Für 1997 liegen noch keine Zahlen vor. (1995: BruttoEinkUnselbst. 1,883,94 + BruttoEinkUnternehmer incl.

BruttoVermögenEink 857,45 - Eink/VermögenSteuer 395,15 - tatsächl.Sozialbeiträge 1.019,85 = Netto 1.721,52 Mrd = 860,77 "take-half")

F2: 1997, gesetzl. RV + Alterssicherung/-hilfe Landwirte. Private Renten siehe "geschätzte Einnahmen".

F3; 1997, incl. Zuschläge + Beihilfen

F4: 1997, z.B. Betriebl. Altersversorgung

F5: 1997, incl. Unterhaltsgeld + Kurzarbeitergeld, ohne ABM, Umschulung usw.

F6: 1997, incl. Renten-KV. Ausgaben: 267,9 Mrd. Aus dem Existenzgeld werden rechnerisch 196,8 Mrd erbracht. Dies könnte die Kosten nach dem Stand von 1994 decken - vor der nicht hinterfragten Kostenexplosion. Die elegantere und menschlichere Lösung ist eine freie und gleiche Krankenfürsorge für alle.

F7: Die Pflegeversicherung wurde aus dem Konzept ausgegliedert. Einerseits trägt sie sich (noch) als Ganzes, andererseits kann die damit verbundene Problematik (Einstufung, Umsetzung usw.) die Existenzgelddiskussion ausufern lassen.

F8: im Zeitraum 1997-2002 werden ca 2.000 Mrd vererbt, Tendenz steigend. (Spiegel 17/98)

F9: Es wurde nur die Hälfte der dann einzusparenden Kosten berücksichtigt, vor allem Sachkosten. Ein großer Teil der in diesen Bereichen Tätigen kann andere sinnvolle kommunale Aufgaben übernehmen. Die Auszahlung des Existenzgeldes erfordert keinen neuen Verwaltungsaufwand, eine Abwicklung über das Finanzamt wäre naheliegend.

F10: 1997, nur Hilfe zum Lebensunterhalt, ohne einmalige Leistungen, ohne Heimunterbringung. 1999=17,6 Mrd.

F11: 1997, 1998=30,4 Mrd.

F12: 1997, ohne Verwaltung, ohne Darlehen

F13: 1997, danach Erhöhung des Kindergeldes.

F14: 1997, nur Barerstattungen.

F15: Unter Berücksichtigung aller Faktoren (Wegfall bisheriger Transfereinkommen, Verteuerungen z.B. durch MWSt, Energiest. usw.) wird sich das verfügbare Gesamt-"Einkommen" um ca 420 Mrd erhöhen, was bei einem rechnerisch jährlichen - allerdings etwas zeitverschobenen - 30%igen Rückfluss schon über 120 Mrd ergeben würde, insofern ist der Posten „geschätzte Einnahmen“ sehr niedrig angesetzt.

Ergebnis des Konzeptes ist, dass über 2/3 der Bevölkerung durch die Einführung des Existenzgeldes real Vorteile bzw. keine Nachteile hat, für die demokratische Durchsetzbarkeit ein wichtiger Aspekt.

Die Aussage "Geld ist genug da" ist belegbare Wahrheit, die Finanzierbarkeit unseres Konzeptes desgleichen - ohne daß notwendigerweise das gesamte marktwirtschaftliche System gekippt werden muß. Der Einwand, das Existenzgeld-Konzept sei insofern reformistisch, greift aber zu kurz.

Weitergehende Information auch hierüber unter www.existenzgeld.de

"**TAKE-HALF**", die 50%ige zweckgebundene Abgabe auf das Nettoeinkommen nach bisheriger Gesetzeslage, aber unter Berücksichtigung der dann erfolgenden Umstellung der Besteuerung auf ausschließlich Lohnsteuerklasse Eins, bringt die entscheidende Veränderung bei der Verteilung von oben nach unten. Trotzdem werden 2/3 der Bevölkerung hiervon Vorteile oder zumindest keine Nachteile haben.

Die **TRANSFERGRENZE**, d.h. der Betrag, bei dem sich das bisher verfügbare Einkommen inklusive aller Sozialtransfers erhöhen oder verringern wird, ist nicht einheitlich zu bestimmen sondern abhängig von der Haushaltsgröße, der jeweiligen bisherigen Lohnsteuerklassen-Kombination sowie des bisherigen Wohngelds. Insofern wollen wir nur das einfachste Beispiel, das einer alleinstehenden Person ohne Wohngeld anführen.

Eine Person, die jetzt Euro 1.600.- netto hat, wird dann Euro 800.- "take-half" abgeben. Zu den verbleibenden Euro 800.- kommen Euro 800.- Existenzgeld, was erneut Euro 1.600.- ergibt. Hierbei müssen jedoch wiederum vermindert Euro 110.- für Krankenversicherung berücksichtigt werden.

(Schaubild Transfergrenze siehe Anhang)

Bei den Themen der Höhe und Finanzierbarkeit des Existenzgeldes gehen wir ins Detail, denn die damit verbundenen Diskussionen über Umverteilung und Reichtum führen in der Praxis wieder zum zentralen Thema: **ABSCHAFFUNG DER ARMUT. Armut hat viele Gesichter: Alle, die heutzutage Sozialhilfe bekommen, viele, denen sie aus welchen Gründen auch immer verweigert, versagt und gekürzt wird, fast alle Arbeitslosengeld- und ArbeitslosenhilfebezieherInnen, viele prekär Beschäftigte und NiedriglohnbezieherInnen, auch diejenigen in staatlichen Maßnahmen, Alleinerziehende und deren Kinder sind arm. Aber nur wenige Menschen bezeichnen sich selbst gern als arm, aus Angst, dann wieder stigmatisiert zu werden. Dabei ist Armut Bestandteil dieser Gesellschaftsform, die wir Kapitalismus nennen, nicht erst seit der Globalisierung. Und Armut ist oftmals keine vorübergehende Erscheinung, sondern sie bestimmt die Biographie von Menschen, oft auch über Generationen hinweg. Jede/r, der/die die Obdachlosensiedlungen, die Stadtrandsiedlungen, die armen Stadtteile in Berlin, Hamburg oder Frankfurt/Main kennt, weiß, wie und wo sich Armut manifestiert.**

"Eine wirklich demokratische Politik muß sich die Möglichkeit eröffnen, der Wahl zwischen zwei Übeln zu entgehen, nämlich einerseits der technokratischen Arroganz, die Menschen zu ihrem Glück zwingen zu wollen, und andererseits der demagogischen Kapitulation, die die Regeln des Marktes und die Sanktion der Nachfrage einfach hinnimmt..." (P. Bourdieu, Post-Scriptum zu "Das Elend der Welt", deutsche Fassung Konstanz 1997, S. 824).

Ein Weg dorthin ist das Existenzgeld. - Gibt es einen besseren ?

Verfügbares Netto-Einkommen incl. Existenzgeld in EURO

